

## Machtübertragung an Hitler

---

Am 30. Januar 1933 übertrug HINDENBURG HITLER die Macht, indem er ihn als Reichskanzler berief. Seit 1930 regierten in Deutschland aufgrund von Notstandsverordnungen nur noch Präsidialkabinette, die keine Mehrheit im Parlament besaßen. So stellte auch das Kabinett unter Reichskanzler HITLER ein solches Kabinett dar. Man nannte es das „Kabinett der Nationalen Konzentration“. LUDENDORFF schrieb noch am 30. Januar 1933 an HINDENBURG: *„Ich prophezeie Ihnen feierlich, dass dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen wird!“*

Bereits am 3. Februar wurden Neuwahlen auf den 5. März ausgeschrieben. Da die NSDAP aus diesen Wahlen nicht mit absoluter Mehrheit hervorging, wurde im Reichstag das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Dieses Gesetz war für die Nationalsozialisten das Ermächtigungsgesetz, das ihnen unbeschränkte Herrschaft ermöglichte. Nach der Machtübertragung erfolgte nun die totale „Machtergreifung“.

---

### Von der parlamentarischen Demokratie zum Notverordnungsstaat

Von 1919 bis 1930 war das Deutsche Reich eine **parlamentarische Demokratie**. Seit 1930 wurde aufgrund der Notverordnung das Deutsche Reich autoritär regiert. In den Jahren bis 1933 gab es vier Regierungen. Diese Regierungen waren Präsidialkabinette, die ohne parlamentarische Mehrheiten mit Notverordnungen des Reichspräsidenten nach **Artikel 48** der **Weimarer Verfassung** arbeiteten. Verlangte das Parlament die Aufhebung der Notverordnung, konnte der Reichspräsident von HINDENBURG das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. So wurde entsprechend dem Artikel 25 der





...erpreisen, ersehen ... gegen ... vor allem gegen Kommunisten, vor. Jene spürten den Hass der neuen Machthaber am schärfsten. Am 24. Februar ließ GÖRING eine Polizeirazzia in der kommunistischen Parteizentrale, im Karl-Liebknecht-Haus, durchführen, mit dem Befehl, alle Funktionäre zu verhaften und die Aushänge zu entfernen. Es konnte jedoch nur Propagandamaterial gefunden werden – kein einziger Funktionär war mehr da.

Als am Abend des **27. Februar** der Reichstag in Flammen aufging, waren es GOEBBELS und GÖRING, die darin den Beginn eines Kommunistischen Aufstandes sahen und von HINDENBURG weitere Verordnungen zur **Einschränkung der Grundrechte** einforderten. **4 000** kommunistische, sozialdemokratische und liberale **Funktionäre** wurden **verhaftet**.

Trotz Terror und Unterdrückung waren die **Wahlen** am 5. März **für die NSDAP enttäuschend**, hofften sie doch die absolute Mehrheit zu erringen. Mit der DNVP hätte eine Koalitionsregierung gebildet werden müssen. Um den Anschein der Legalität zu wahren, um den Schritt aus dem parlamentarischen System zur Diktatur endgültig gehen zu können, benötigten die Nationalsozialisten im Reichstag eine **Zweidrittel-Mehrheit** für eine **Verfassungsänderung**.

Diese Mehrheit war nur möglich, wenn sozialdemokratische und kommunistische Abgeordnete gehindert werden im Reichstag zu erscheinen. Kommunisten waren bereits ausgeschlossen. Am 23. März fand in der Berliner Kroll-Oper der Reichstag statt. Dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ – dem Ermächtigungsgesetz, das zur Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat diene – stimmten 441 Abgeordnete zu, dagegen waren 81 – alles Sozialdemokraten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende **OTTO WELS** ergriff als Einziger gegen dieses Gesetz das Wort. Die Kommunisten waren im Reichstag ja nicht mehr vertreten, sie waren seit dem 28. Februar verboten, verhaftet, im Untergrund oder außer Landes.

Das Ermächtigungsgesetz brachte nach der **Machtübertragung** der NSDAP die endgültige **„Machtergreifung“** und Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur.

Notverordnungen	Brüning	Otto Wels	Präsidialkabinett	Julius Leber	
Machtergreifung	Rechtsparteien	Diktatur	Bürgerkrieg	Preußenschlag	
Sparmaßnahmen	Severing	Grundrechte	Weimarer Verfassung	Ermächtigungsgesetz	
Kaufkraft	Weltwirtschaftskrise	Lebensraum	Hitler-Kabinett	Papen Schleicher	
Machtübertragung	Kabinett der Nationalen Konzentration		Harzburger Front	offene Gewalt	
parlamentarische Demokratie	Versailler Vertrag		konservativer Block	Polizeirazzia	
Altonaer Blutsonntag	Papen-Kabinett	SA	Reichstagsbrand	Kanzlerschaft	Göring
Sozialfaschismustheorie	Otto Braun	Juden	Terror		

Stand: 2010

Dieser Text befindet sich in redaktioneller Bearbeitung.